

Rede bei der Friedenskundgebung in Mainz am 24.10.2025, Andreas Bummel

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

heute vor genau 80 Jahren, am 24. Oktober 1945, wurden die Vereinten Nationen gegründet und ihre Charta trat in Kraft. Die UNO war die Antwort auf die millionenfachen Verbrechen zweier Weltkriege und auf den Holocaust. Ihr Versprechen lautete: nie wieder! Die UNO sollte die Menschheit vor weiterer Barbarei bewahren und den Frieden sichern.

Vielleicht und nur vielleicht hat die UNO dabei geholfen einen Dritten Weltkrieg zu verhindern während des Kalten Krieges.

Keine Frage, die UN ist notwendig und hilft das Leben von Millionen von Menschen zu verbessern.

Aber trotzdem, sie hat zu oft darin versagt, schlimmste Massenverbrechen zu verhindern und Frieden zu schaffen – in Ruanda, in Syrien, in Darfur, in Ukraine, und auch im Krieg zwischen Hamas und Israel.

Die UNO ist nur ein Minimum für die globale Zusammenarbeit. Sie ist nur ein Instrument ihrer Mitgliedsländer. Sie kann nicht selbst handeln. Im Sicherheitsrat zum Beispiel hat jedes der fünf ständigen Mitglieder ein Vetorecht. Und selbst wenn es da zu Beschlüssen kommt, die Umsetzung liegt bei den Mitgliedsländern.

Viele Regierungen in der Welt vertreten überhaupt nicht ihr Volk. Im Gegenteil, sie unterdrücken Freiheitsrechte und Demokratie zuhause und weltweit. Bei den Vereinten Nationen spielt das keine Rolle. Sie sind trotzdem dabei.

Russland führt seit zwei Jahren sogar einen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Das Land ist weiter ständiges Mitglied im Sicherheitsrat und mit für den Weltfrieden zuständig. Es ist absurd. Der Brandstifter gehört zur Feuerwehr und zersticht ihre Reifen vor den Augen der Weltöffentlichkeit.

Seit 20 Jahren nimmt die Freiheit weltweit ab. Heute leben nur 20 Prozent der Weltbevölkerung in freien Ländern.

Zu ihrem 80. Geburtstag sieht die UNO steht unter dramatischem Druck.

Die USA haben ihre Beiträge an die Weltorganisation weitgehend eingestellt. China hält seine Beiträge zurück. Der UN-Generalsekretär warnt: im nächsten Jahr könnte die UN zahlungsunfähig sein und bankrott gehen.

Dabei brauchen wir die UN dringender denn je: für Frieden und Sicherheit, gegen weltweite Not und Hunger, für globalen Klimaschutz oder zur globalen Regulierung neuer Technologien wie künstliche Intelligenz.

Wir müssen aber klar sagen, die UNO von 1945 ist nicht mehr zeitgemäß. Wir leben heute in einer ganz anderen Welt. Ohne wesentliche Reformen und eine Überarbeitung ihrer Charta wird die UNO immer bedeutungsloser werden.

Der Schlüssel liegt bei uns, bei den Menschen, in der Demokratie.

Die UN darf vor allem kein exklusiver Club der Regierungen bleiben.

Deshalb fordern wir ein demokratisches Weltparlament: Eine UN-Versammlung gewählter Vertreterinnen und Vertreter aus allen Ländern – von Regierungsparteien und Opposition –, die gemeinsam über globale Fragen beraten und entscheiden müssen. Transparent. Rechenschaftspflichtig, ohne Vetos, und im Interesse aller.

Wir fordern außerdem die Unterstützung demokratischer Kräfte in allen Ländern unter der Aufsicht des Weltparlaments.

Es ist klar, dass es globale Demokratie nicht geben kann, wenn es in den einzelnen Ländern keine Demokratie gibt oder sie dort untergeht. Umgekehrt kann nationale Demokratie nicht in einer Weltordnung bestehen, die selbst undemokratisch und handlungsunfähig ist.

Demokratie ist der Schlüssel zu Frieden, Freiheit, Gerechtigkeit und zu nachhaltiger Entwicklung. Das gilt in einzelnen Ländern genauso wie in der Welt als Ganzes.

Deshalb treten wir heute für eine demokratische UNO ein und fordern die deutsche Bundesregierung auf, die Initiative zur Gründung einer Parlamentarischen Versammlung zu ergreifen.

Die Bundesregierung soll außerdem alles dafür tun, um einen Bankrott der Vereinten Nationen zu verhindern.

Vielen Dank.

Andreas Bummel,

bummel@democracywithoutborders.org